

## Ein Schulungsbuch zur Krise

*Manfred Sohn, Hat das System einen Fehler oder ist es der Fehler? Pahl-Rugenstein Verlag Nf., Bonn 2009, 99 S., 9,95 Euro*

Der Autor beschreibt sich an einer Stelle dieses Buches als Journalist, obwohl er weit mehr ist, nämlich Parlamentarier und Wirtschaftshistoriker mit langjähriger Erfahrung in der öffentlich-rechtlichen Versicherungsbranche. Die Stärke des kleinen Buches wird damit aber angesprochen.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise wird nicht nur mit marxistischen Methoden analysiert, sie wird auch gut verständlich erklärt. Manfred Sohn scheut sich nicht, mit Beispielen zu arbeiten und erläutert damit nachvollziehbar den Mechanismus der Finanzkrise und er erklärt auch grundlegende philosophische Begriffe wie „Dialektik“. Das Buch liest sich wie ein Schulungsbuch zur Krise und ist auch als Einstiegswerk für einen marxistischen Zirkel gut geeignet.

Wer eine kleine Broschüre mit so einer grundlegenden und anspruchsvollen Fragestellung schreiben will, wie sie der Titel vorgibt, muss die Gedanken schon sehr konzentrieren – und das ist dem Autor gelungen. Er erklärt dabei, dass man verschiedene gegenwärtig sich vollziehende Prozesse als sich überlagernd und sich gegenseitig beeinflussend erfassen muss, so die zunehmende Verknappung der Ölvorkommen, das Aufweichen der ökonomischen Führungsrolle der USA in der Weltwirtschaft („Der Höhepunkt der politisch-militärischen Machtentfaltung fällt zeitlich nicht zusammen mit dem Höhepunkt der ökonomischen

Dominanz, sondern folgt ihm.“ S. 32) und die gegenwärtige Wirtschaftskrise, deren weiterer Verlauf nach Auffassung von Sohn entweder in einen deflationären und in einem inflationären Prozess münden wird, wenn nicht Schlimmeres bevor steht.

Der Autor beschränkt sich nicht darauf, die Krise zu beschreiben, sondern legt auch ihre tieferen Wurzeln bloß, die letztlich in dem schon von Marx analysierten Prozess der kapitalistischen Produktion liegen, und nicht nur in außer Kontrolle geratenen Finanzmärkten. Er formuliert auch Alternativen in zwei Zeithorizonten.

Er nennt die kurzfristig greifbaren Maßnahmen, um die Folge der Krise abzumildern: Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung, Steigerung der Reallohne, höhere Besteuerung der Reichen mit Umlagen, Vermögenssteuer oder Börsenumsatzsteuer sind nach Meinung des Autors notwendig, aber nicht ausreichend.

Im zweiten Schritt schlägt der Autor vor, die Privatbanken zu vergesellschaften, zu demokratisieren und die Wirtschaft über die Kreditsteuerung einer Gemeinwohlverpflichtung zu unterwerfen, auch um ökologische Ziele wie Klimaveränderungen in den Griff zu bekommen. Die Forderung, gegenüber der Profitlogik der kapitalistischen Produktionsweise (G'-Neurose nach der marxischen Formel) stärker eine Gebrauchswertorientierung durchzusetzen, durchzieht das Buch wie ein roter Faden. An dieser Stelle wird es aber auch spannend, weiter nachzudenken.

Christa Luft hatte bei der Buchvorstellung auf der Pressekonferenz in Hannover darauf hingewiesen: Mar-

xistische Wissenschaftler haben noch nicht ausreichend ausgearbeitet, wie ein Regulationssystem aussehen könnte, in dem eine Gemeinwohlorientierung der gesamten Wirtschaft mit den notwendigen die Wirtschaft stimulierenden Wirkungen des Marktes optimal verbunden werden kann und welche Eigentumsverhältnisse ein solches Regulationssystem nach sich ziehen müsste. Allein der Hinweis, dass bestimmte Bereiche der Reproduktion wie Bildung, Gesundheit, Wohnen, Kultur, usw. als Grundlagen der Daseinsvorsorge der kapitalistischen Produktionsweise entzogen werden sollten, ist sicher notwendig, reicht aber nicht, um die wesentlichen Merkmale einer höheren Gesellschaftsordnung zu bestimmen. Die Kernfrage ist und bleibt, wie der Produktionsprozess zu organisieren ist. Die Geschichte ist schließlich nicht am Ende.

*Hans-Henning Adler*

## **Afrikas Überleben im globalen Kapitalismus**

*Jörg Goldberg, Überleben im Goldland. Afrika im globalen Kapitalismus, PapyRossa Verlag, Köln 2008, 249 S., 16,90 Euro*

Afrika, insbesondere das subsaharische Afrika, gilt seit ca. drei Jahrzehnten als jener Teil der Peripherie, der besonders rückständig geblieben ist und der während der Phase neoliberaler Globalisierung am meisten weltwirtschaftlich marginalisiert wurde. Den vielfältigen Studien (und teilweise auch Spekulationen) über den – scheinbar kaum anders als anthropologisch zu erklärenden –

„Sonderfall“ der afrikanischen Entwicklung/Unterentwicklung möchte Goldberg keine weitere anfügen, sondern er intendiert – ausgehend von politökonomischen und gesellschaftstheoretischen Erwägungen –, eine tragfähigere Erklärung anzubieten als diejenigen, die bei uns, aber auch im angelsächsischen Sprachraum dominieren.

Die Studie zerfällt in drei Teile. Im ersten Teil beschreibt der Autor verschiedene Aspekte der Stellung Afrikas in der Weltwirtschaft: Außenhandel, Auslandsinvestitionen, Entwicklungsfinanzierung, Abzug von Trägern bestimmter Qualifikation („brain drain“) usw. Im zweiten Teil wird der Entwicklungsrückstand und -spielraum auf historische und aktuelle, externe und interne Faktoren bezogen: Sklavenhandel, Kolonialismus, Kriege und Bürgerkriege, Pandemien wie Aids/HIV etc. Der dritte Teil schließlich konzentriert sich auf die internen Produktionsverhältnisse und auf die Frage des Charakters der einheimischen („endogenen“) Bourgeoisie und des Staates in Afrika. Aus der Spezifik dieser Elemente, deren Konfiguration der Autor in Anlehnung an französische Wissenschaftler (Coquery-Vidrovitch) als „afrikanische Produktionsweise“ bezeichnet, können laut Goldberg überzeugendere Aufschlüsse über die Ursachen des Entwicklungsrückstands in Afrika gewonnen werden.

Diese Gliederung spiegelt theoretisch-methodische und inhaltliche Einsichten des langjährigen Beobachters der afrikanischen Gesellschaften wider, der gleich in der Einleitung unterstreicht: „Diese Besonderheiten (der Wirkung weltwirt-

schaftlicher und weltpolitischer Rahmenbedingungen auf Afrika, D.B.) lassen sich nur erklären, wenn man die rassistisch geprägte Haltung der Europäer im Verhältnis zu Afrika einerseits und die Reaktion der Afrikaner auf die europäische Landnahme andererseits in ihrer Wechselwirkung betrachtet [...] Die übliche Trennung zwischen ‚externen‘ und ‚internen‘ Ursachen des afrikanischen Rückstands führt nicht weiter, wenn man diese Faktoren nicht in ihrer Wechselwirkung untersucht. Um ein Beispiel vorwegzunehmen: Die besondere Wirkungsweise der Strukturanpassungspolitik in Afrika (als externem Faktor) kann nur verstanden werden, wenn man die Reaktionsweise der afrikanischen Institutionen und Gesellschaften darauf (als internem Faktor) einbezieht.“ (8)

Die Kernfrage, warum einerseits der Kapitalismus auf Weltebene auch für Afrika immer bedeutsamer wird, aber andererseits die innerkapitalistischen Verhältnisse kaum voranschreiten, wird aus unterschiedlicher Perspektive beleuchtet. Zum einen kam es aufgrund historischer und aktueller, interner wie externer Faktoren nicht (oder nur schwach) zu einer Privatisierung von Grund und Boden, zur Herausbildung einer „freien“ Lohnarbeiterklasse sowie einer bürgerlichen Klasse auf dem Land wie in der Stadt, welche sich im Besitz wesentlicher Produktionsmittel befindet. Die schwachen Ansätze einer einheimischen Handelsbourgeoisie wurden durch koloniale Eingriffe (zugunsten europäischer Handelsgesellschaften) konterkariert (81ff., 185ff.), sodass sich einheimische dominante Positionsträger entweder

in Stammeszusammenhängen oder im entstehenden kolonialen Staat, später im „unabhängigen“ Staatsapparat entfalten konnten. Die Entstehung einer permanenten, von dörflichen Subsistenzmitteln definitiv getrennten Lohnarbeiterschaft war einerseits unter den Bedingungen von Gemeineigentum an Grund und Boden und geringer Bevölkerungsdichte schwierig zu vollziehen und wurde andererseits von den Kolonialmächten nicht angestrebt, da eine nicht mehr mit den Subsistenzmitteln verbundene Arbeitskraft höhere Lohnforderungen hätte stellen müssen, womit die Erzeugung von „Kolonialprodukten“ verteuert worden wäre.

Der zweite wesentliche Eckpfeiler der Rückständigkeit Afrikas hängt mit dem erstgenannten Problemkomplex zusammen, bildet aber einen eigenständigen Faktor: Es ist die unzureichende bzw. deformierte Herausbildung eines (nationalen) Zentralstaats, der von der ihm zugrundeliegenden territorialen Ökonomie und Gesellschaft „getragen“ wird. Staatliche Instanzen sind in Afrika Goldberg zufolge schon in vorkolonialen Zeiten in der Regel relativ schwach gewesen, da sie sich im Wesentlichen aus der Kontrolle von Handelsgewinnen speisten, also nicht durch einseitige Aneignung eines Teils des von der Gesellschaft produzierten Mehrprodukts (in Form von Steuern). Diese Form der „Staatsfinanzierung“ hat ihre Fortsetzung in der Kolonialzeit und nach der Unabhängigkeit darin gefunden, dass der Staat seine Ressourcen im Wesentlichen aus der Zirkulationssphäre bzw. aus den Außenbeziehungen (Anteil an Exporteinkünften, Importabgaben,

Zölle, Auslandshilfe etc.) bezogen hat und daher eine gewisse Unabhängigkeit und Fremdheit gegenüber dem „Staatsvolk“ genießen konnte. Das bedeutet auch, dass die Legitimationsnotwendigkeit und Rechenschaftspflichtigkeit des Staates und seiner Regierung gegenüber den WählerInnen strukturell eingeschränkt ist. Der Staat bedarf also, pointiert ausgedrückt, ebenso wenig der Bevölkerung wie diese des Staates bedarf, da sie weitgehend auf Subsistenzproduktion, Selbsthilfe und informelle Netzwerke (teils familiär, dörflich, teils ethnisch geprägt) angewiesen ist und letztere ihr Auskommen und relative Sicherheit gewährleisten (201). Es liegt auf der Hand, dass diese beiden Defizite – Defizite aus der Perspektive kapitalistischer Akkumulation und bürgerlicher Nationalstaatlichkeit als wesentlicher Agenturen von „Entwicklung“ – sich zirkulär verursachen und sich wechselseitig verstärken. Jede realistische Entwicklungsstrategie muss versuchen, diese komplexe Entwicklungsblockade vor allem von innen heraus aufzubrechen.

Vor dem Hintergrund dieser zentralen Thesen analysiert der Verfasser viele Einzelaspekte. So sind innerhalb der Funktionslogik der „afrikanischen Produktionsweise“ z.B. Aufschlüsse über die (in populären Auslassungen häufig übertriebene) Relevanz ethnischer Beziehungen sowie die spezifischen Entwicklungsbarrieren der afrikanischen Landwirtschaft zu gewinnen. Es gelingt Goldberg, viele gängige Klischees, wie z.B. das von der alles beherrschenden Bedeutung der ethnischen Zerklüftung der meisten afrikanischen Gesellschaften

zu relativieren bzw. in einen ganz anderen Zusammenhang zu stellen (95ff.). Er kann auch überzeugend belegen, dass die von Weltbank und IWF aufgezwungenen „Strukturanpassungsprogramme“ in Afrika besonders negativ auf die landwirtschaftliche Produktion wirkten, weil von den Ideologen des „Washington Consensus“ Marktmechanismen und geldwirtschaftliche Rahmenbedingungen unterstellt wurden, die in der kleinbäuerlichen, subsistenzwirtschaftlichen Produktionsweise nicht existierten. Statt die angestrebte Erhöhung der Marktproduktion zu erzielen, nahm die Subsistenzwirtschaft sogar noch zu, die Produktion und Produktivität gingen insgesamt zurück (126ff.). Dass mit diesen Tendenzen keineswegs eine größere Egalität in den Einkommensverhältnissen einherging, sondern in der Regel das Gegenteil, wird von Goldberg kaum ausgeführt. In den Preissteigerungen für Agrargüter seit 2006 bis Mitte 2008 sieht Goldberg eine Umkehrung eines langjährigen Trends, der allerdings keineswegs allen kleinbäuerlichen Produzenten – automatisch – zugute kommen werde (136ff.). Die Untersuchung zahlreicher systematischer Aspekte wird noch durch die Fallanalyse des „Musterlandes“ Botswana sowie der Republik Südafrika, deren Entwicklung der Autor mit Skepsis begleitet, ergänzt.

Es ist erstaunlich wie viel Informationen und scharfsinnige entwicklungstheoretische Erklärungsmuster, die häufig mit den Behauptungen fachwissenschaftlicher AfrikanistInnen kritisch ins Gericht gehen, auf 250 Seiten komprimiert zusammen-

gefasst werden und dennoch ausgesprochen gut lesbar sind. Daran wird deutlich, dass eine historisch-materialistische Herangehensweise und eine sich dem Gegenstand angemessen nähernde Politische Ökonomie der Unterentwicklung sowie eine gesellschaftstheoretische Staatsanalyse wesentlich mehr für die Aufhellung entwicklungspolitischer Probleme zu bieten vermag als manche Arbeiten aus dem Kreis des Afrikanisten-Mainstreams, der in den letzten Jahren nicht unbeeinflusst von den jeweiligen Denkmoden blieb, die auch die entwicklungstheoretische Diskussion häufig bestimmten – wie z.B. der viel zitierte „cultural turn“, diskursanalytische Ansätze, governance-Modelle, der „spatial turn“ u.ä.

Es ist zu hoffen, dass die Kernthesen Goldbergs breit rezipiert und diskutiert werden, auch die von ihm bewusst als offene Fragen ausgewiesenen Probleme (z.B. die Frage des für Afrika adäquaten „Entwicklungswegs“) sowie die zahlreichen subtilen Beobachtungen und Reflexionen (z.B. über die weitgehende Abwesenheit nationalweit gesprochener einheimischer Sprachen, S. 14f., 202ff.), und zwar nicht nur in der so genannten entwicklungspolitischen und entwicklungstheoretischen „community“, sondern in der an wichtigen Fragen der Zukunft interessierten politischen Öffentlichkeit.

*Dieter Boris*

## **Dritte Große Depression**

*Ekkehard Lieberam, Die dritte Große Depression, Reihe spotless, Nr. 217, Verlag edition ost, Berlin 2009, 96 S., 5,95 Euro*

Zeitgenaue Krisenprognosen sind auch für die marxistische politische Ökonomie eine schwierige Sache. Es ist aber unbestreitbar, wie es Wolfgang Abendroth einmal formulierte, dass die Unvermeidlichkeit des Umschlags der Konjunktur in eine neue internationale Krise, die den gesamten Bereich der kapitalistischen Produktionsverhältnisse erfasst, nur von der marxistischen Forschung prognostiziert und vom revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung verstanden wird. Das Buch von Ekkehard Lieberam „Die dritte große Depression“ ist ein Beweis dafür. Seine Hypothese lautet, dass wir es in den nächsten Jahren mit einer außerordentlich ernstesten Weltwirtschaftskrise in der Einheit und Wechselwirkung von Finanzkrise und Überproduktionskrise zu tun haben. Diese Krise trifft zusammen mit einer schwer einzuschätzenden Klimakrise, einer Rohstoffkrise und einer sich dramatisch zuspitzenden Ernährungskrise. So trägt diese Krise möglicherweise den Keim des Auftaktes zur Überwindung des Kapitalismus in sich – mit allen daraus sich ergebenden Konsequenzen.

Dieser Überlegung folgend, vergleicht Lieberam die jetzige, sich noch im Anfangsstadium befindende Krise mit den zwei großen Depressionen des 19. und 20. Jahrhunderts (1873 und 1929). Es handelt sich um eine durch den Gang der Dinge selbst herausgeforderte Analogie. Daher ist der Ver-

gleich sehr nützlich, um den historischen Ort der aktuellen Krise zu bestimmen und sich ihren inneren Charakter anzusehen, die Reaktionsmöglichkeiten der Arbeiterbewegung und linker Politik überhaupt auszuloten. Die Hypothese „schließt die Vermutung ein, auch weitere Aspekte des Verlaufs der zwei historischen Großkrisen könnten für das Verständnis der Krise und für die Handlungsorientierung linker Politik in ihr bedeutsam sein, insbesondere deren Charakter als Zeiten grundlegender gesellschaftlicher Umbrüche und Auseinandersetzungen.“

Überaus faktenreich ist das Material, das uns der Autor präsentiert, um seinen Gedankengang zum historischen Zusammenhang zu den Ursachen und Auswirkungen der Krise empirisch zu untersetzen. Die Art der Argumentation hebt sich wohlthuend von manch anderer Darstellung der Krise in marxistischer Handschrift ab. Lieberam gibt einen – wo es passt mit viel politischem Witz und beißender Ironie gewürzten – Überblick über das Denken und Handeln der Herrschenden und Beherrschten, der Marxisten und bürgerlichen Ökonomen, der Theoretiker und Praktiker in der Krise. Im Lager der Herrschenden hat sich die ganze Innung blamiert: die Ökonomen, die Wirtschaftsmanager, die Politiker. Lieberam analysiert den politischen Karneval. Die relativ einheitliche Ideologisierung früherer Konjunktur ist zutiefst erschüttert. Der Autor hinterfragt die Ideologisierung der Krise mit ihren politischen Abwehrschlachten und nutzlosen Programmen. Er kommt somit auch auf die Aktionsmöglichkeiten der herrschen-

den Klasse, die Rolle von Politik und Staat in der Krise zu sprechen. „Die Marktradikalen in Politik und Wissenschaft waren im Herbst 2008 nur kurzzeitig sprachlos, um uns sehr schnell [...] mit neuen Sprüchen voll zu labern. Dabei gab und gibt es allerdings für sie ein großes Erklärungsproblem mit den Ursachen der Krise. Der Funktionsmechanismus der kapitalistischen Produktionsweise darf es auf keinen Fall sein, denn sonst müsste man ja deren Überwindung thematisieren. Die Bundesregierung kann es aber auch nicht sein, denn sonst wäre sie ja ihrer Schadensabwendungspflicht nicht nachgekommen.“ „Merkwürdige Kapriolen gibt es um den Staatsbegriff [...] Verbreitetes Nichtwissen um die gesellschaftlichen Zusammenhänge, insbesondere hinsichtlich der kapitalistischen Produktionsweise, bedingt die große Rolle des politischen Glaubens in wirtschaftlichen Dingen.“

Ekkehard Lieberam lässt in seiner Analyse keinen Zweifel daran, dass die Krisenursachen nur mit Karl Marx aufzudecken sind. Überzeugend weist er nach, dass tiefere Erkenntnisse über die eigentlichen Ursachen von Wirtschaftskrisen und über eine wirksame Krisenbekämpfung nur vom Standpunkt einer Position möglich sind, die nach einer Alternative zur kapitalistischen Produktionsweise sucht. Folgerichtig untersucht der Autor sehr detailliert die Bemühungen der Marxisten in Vergangenheit und Gegenwart, um die Krisen zu erklären. Er hält es im Ergebnis seiner Überlegungen für notwendig, zeitgemäß die System- und Machtfrage zu stellen. Darunter versteht der Autor: Erstens: das eigen-

ständige politische Auftreten der abhängig Arbeitenden und sozial Ausgegrenzten als grundlegende Voraussetzung. Zweitens: organisierte linke Politik, die ihre primäre Aufgabe in der Mobilisierung von antikapitalistischer Gegenwehr sieht. Und drittens bedarf es eines Programms zur Krisenbewältigung von links als Grundlage für den Zusammenschluss der abhängig Arbeitenden und sozial Ausgegrenzten gegen das Krisenmanagement der Herrschenden.

Lieberams Buch ist ein leidenschaftlicher Appell an die Marxisten, einzugreifen in die Verhältnisse, um sie zu ändern. Man muss es gelesen haben.

*Herbert Münchow*

## Schock-Strategie

*Naomi Klein, Die Schock-Strategie – Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main 2009, 763 S., 12,95 Euro (dt. Originalausgabe Frankfurt/Main 2007)*

Anzuzeigen ist ein höchst informatives, spannend zu lesendes und sehr nützliches Werk. Was auf den ersten Blick wie ein aus Marketinggründen gewählter poppiger Titel erscheint, erweist sich bei der Lektüre des Buches als das auf den zentralen Punkt gebrachte Dogma des Neoliberalismus. „Nur eine Krise – eine tatsächliche oder empfundene – führt zu echtem Wandel“, meinte Milton Friedman und verband das mit dem machiavellistischen Ratschlag, alle Gewalttaten auf einmal zu begehen: „Eine neue Regierung hat ungefähr sechs bis neun Monate Zeit, um tief-

greifende Veränderungen zu erreichen; nutzt sie die Gelegenheit nicht, während dieses Zeitraums entscheidend zu handeln, wird sie sie nicht noch einmal bekommen.“ Seine Aufgabe und die seiner Anhänger sah er darin, Seilschaften und Netzwerke zu bilden und bereitzustehen, um, wenn die Krise kommt, der Gesellschaft rasche und unumkehrbare Veränderungen aufzuzwingen. Friedmans fundamentalistische Form des Kapitalismus hat, wie Klein nachweist, immer das Desaster gebraucht, um Realität zu werden: „Damit die wirtschaftliche Schocktherapie uneingeschränkt angewandt werden kann [...] ist stets ein großes kollektives Trauma vonnöten, das demokratische Praktiken entweder vorübergehend außer Kraft setzt oder sie völlig unterbindet.“ (23f.) Die Logik der Schockbehandlung, die die Chicagoer-Schule verordnete und ein Diktator wie Pinochet exekutierte, ähnelt „auf verblüffende Weise jener, nach der Psychiater in den vierziger und fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts massenhaft Elektrokonvulsionstherapien verordneten, weil sie überzeugt waren, absichtlich ausgelöste epileptische Anfälle würden auf wundersame Weise die Gehirne ihrer Patienten neu starten“. (118f.) Der (Elektro)Schock hat, wie die Autorin betont, im Denken und Handeln der US-Politiker sowie der für sie tätigen Wissenschaftler und Berater einen gewichtigen Platz und gehört zu den seit den 1950er Jahren praktizierten „wissenschaftlich erprobten“ Foltermethoden der CIA (60ff.). Insofern bestand der Unterschied zwischen Bush und seinen Vorgängern nur darin, dass ersterer das Recht auf Fol-

ter auch offiziell und öffentlich beanspruchte. Chile wurde – so kann man im Rückblick feststellen – unter der Herrschaft der Chicagoer Schule ein Modell für die Weltwirtschaft: „Eine städtische Blase aus irrwitzigen Spekulationen und zweifelhaften Rechenschaftsberichten, die Superprofite und hektischen Konsum inmitten von Geisterfabriken und verrottenden Infrastrukturen einer vergangenen Entwicklung anheizen.“ (125) Wenn dann der große Krach da ist, wird die Sanierung des Finanzplatzes bzw. die Bankenrettung – wie jetzt in den USA – mit einem „Reichmachplan“ für Spekulanten verbunden. So geht die Umverteilung von unten nach oben kontinuierlich weiter. Als Mitte der 1970er Jahre Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay von Militärregierungen geführt wurden und lebende Versuchslabors von Friedmans Wirtschaftsdoktrin waren, entstand eine neuartige internationale Menschenrechtsbewegung „von unten“. Sie trug entscheidend dazu bei, dass die Juntas die schlimmsten Misshandlungen einstellen mussten. „Aber indem sie sich ausschließlich auf die Verbrechen und nicht auf die Ursachen dahinter konzentrierte, trug diese Menschenrechtsbewegung gleichzeitig dazu bei, dass die Chicagoer Schule ideologisch so gut wie unbeschadet aus ihrem ersten blutigen Experiment hervorgehen konnte.“ (169) Unbeantwortet blieb die Frage, ob der Neoliberalismus von sich aus eine gewalttätige Ideologie ist. Dass er das im Kern ist, zeigen am klarsten die Aktionen bürgerlich-demokratischer Politiker. Margaret Thatcher meinte zum Streik der Kohlenbergleute 1984/85: „Wir mussten auf den Falklands den äußeren Feind bekämpfen, und jetzt müssen wir gegen den inneren kämp-

fen.“ Nachdem sie diesen durch einen mit Polizei und Geheimdienst geführten Krieg gewonnen hatte, wagte keine Gewerkschaft mehr sich gegen ihre neue Wirtschaftsordnung zu stellen. Eine ähnlich gewalttätige Botschaft verbreitete auch Ronald Reagan kurz nach seinem Amtsantritt durch die Niederschlagung des Fluglotsenstreiks: Er entließ 11.400 der bundesweit wichtigen Beschäftigten auf einen Streich. In beiden Ländern verfiel die Gesellschaft in eine Lähmung, die von den Herrschenden zum radikalen Abbau demokratischer und sozialer Errungenschaften genutzt wurde.

Nach dem Ende der Juntas in Lateinamerika waren die Staaten völlig verschuldet und die krisengeschüttelten neuen Mehr-oder-weniger-Demokratien hatten keine Wahl, als nach den Regeln der Washingtoner Institutionen IWF und Weltbank zu spielen. „Daher fiel der Schuldenschock exakt – und nicht zufällig – mit einer neuen Ära der Nord-Süd-Beziehungen zusammen, die Militärdiktaturen überflüssig machte. Es war die Morgendämmerung der ‚Strukturanpassung‘ – auch als Diktatur der Schulden bekannt.“ (226) 1989 verkündeten Weltbank und IWF den „Washingtoner Konsens“, der sowohl im öffentlichen Leben ein Denkverbot für alle ökonomischen Theorien, die nicht in die Chicagoer Schublade passten darstellte, als auch eine Rezeptur für die „Strukturanpassung“ Polens, Chinas, Südafrikas und Russlands. Wie diese erfolgten und welche Auswirkungen sie hatten, wird ebenso wie die Asienkrise gut dokumentiert und analysiert. Mit der Bush-Administration kehrte, so Klein, die Schock-Therapie nach Hause zurück. Da deren zentrale Idee war, „dass der Staat nicht regieren, sondern das



Regieren an den effizienteren und generell überlegenen privaten Sektor delegieren solle“ (399), wurden nach dem Privatisierungswahn der Clinton-Ära nun auch die Kernfunktionen zur Disposition gestellt. Am weitesten ging dabei der Friedman-Bewunderer Donald Rumsfeld mit seinem „Transformationsplan“ für das US-Militär. Im Irakkrieg zeigten sich dessen Ergebnisse: „Da jede denkbare Facette der Zerstörung und des Wiederaufbaus ausgelagert und privatisiert worden ist, kommt es zu einem Wirtschaftsboom, wenn die Bomben zu fallen beginnen, wenn sie nicht mehr fallen und wenn sie wieder zu fallen beginnen – eine in sich geschlossene Profitschleife aus Zerstörung und Wiederaufbau.“ (533) Klein sieht darin die „Geburt einer neuen Ökonomie“, des Katastrophen-Kapitalismus-Komplexes: „Letztlich verfolgen die Unternehmen im Zentrum des Komplexes das Ziel, das Modell des profitorientierten Regierens, das sich unter außergewöhnlichen Umständen so rasch ausbreitet, in das normale, alltägliche Funktionieren des Staates einzubauen – anders ausgedrückt: die Regierung zu privatisieren.“ (25)

Auch wenn die Ausführungen zum Katastrophen-Kapitalismus-Komplex theoretisch nicht überzeugend sind, tut das diesem wichtigen Werk keinen Abbruch. Naomi Klein ist weniger Ökonomin als Historikerin. Sie beschreibt die letzten 35 Jahre als Periode der globalen Konterrevolution sowie des Widerstandes dagegen und insofern kann man „Die Schock-Strategie“ sehr gut als Ergänzung und Fortsetzung zu Eric Hobsbawms „Zeitalters der Extreme“ lesen.

*Karl Unger*

## **Chinesischer Kapitalismus als „natürliche“ Marktwirtschaft?**

*Giovanni Arrighi, Adam Smith in Beijing. Die Genealogie des 21. Jahrhunderts, VSA-Verlag, Hamburg 2008, 520 S., 36,80 Euro*

Obwohl Arrighi zu Beginn behauptet, die übergreifende These seines Buches sei, „dass das Scheitern des Projekts für ein Neues Amerikanisches Jahrhundert und der Erfolg der chinesischen Wirtschaftsentwicklung zusammengenommen die Verwirklichung von Smiths Vision einer Weltmarktgesellschaft auf der Grundlage größerer Gleichheit unter den Zivilisationen der Welt wahrscheinlicher gemacht haben...“ (21), ist sein eigentliches Hauptanliegen, nachzuweisen, dass die gegenwärtige politisch-ökonomische Entwicklung Chinas eine nichtkapitalistische, aber kontrollierte marktwirtschaftliche sei, die man nicht mit westlichen Augen beurteilen dürfe. Denn es handele sich um einen anderen als den bekannten westlichen Pfad der Industrialisierung.

In China vollziehe sich zwar eine ökonomische Revolution, die vergleichbar sei mit der industriellen Revolution in England im 18. Jahrhundert. Allein, sie entspreche dem Adam Smithschen Muster ökonomischer Entwicklung – d.h. eines sich selbst erhaltenden Wachstums – viel eher als die Entwicklung damals in England. Grundlage des gegenwärtigen chinesischen Wirtschaftsaufschwungs sei die „Tradition“ einer binnenorientierten, auf einer so genannten arbeitsintensiven „ostasiatischen Fleißrevolution“ basierenden „Marktwirtschaft“ (49f.) und die Tatsache, dass in China das Verhältnis von Arbeitskräften zu landwirtschaftlicher

Nutzfläche ein viel höheres Bruttoinlandsprodukt ermögliche. Diese „Fleißrevolution“ sei daher die „Präambel“ zu „marktorientierter Entwicklung“, „der keine Tendenz anhaftete, den kapital- und energieintensiven Pfad zu beschreiten, der von Großbritannien eröffnet und von den USA an sein Endziel geführt wurde“ (50). Dieser Entwicklungspfad unterscheide sich im Wesentlichen auch darin von dem westeuropäischen, dass er „menschliche statt nicht-menschliche Ressourcen mobilisiert[e]. hätte.“ (51) So sei Chinas Aufstieg Ergebnis eines „Beijing Consens“ oder auch „Marktleninismus“ (28), der sich durch einen gradualistischen und besonnenen Übergang in neue wirtschaftliche und politische Strukturen auszeichne, der u.a. lokale Kontexte und kulturelle Besonderheiten respektiere. Zwar seien „kapitalistische Tendenzen“ auch in China „eingedrungen“, doch müsse man deren Wesen genau erfassen. Nicht nur würden die Widersprüche zwischen der kapitalistischen Realität und dem offiziellen Diskurs in China über einen „Sozialismus mit chinesischen Eigenschaften“ (31) in der politischen Führung konsequent diskutiert und Lösungen erarbeitet. Sondern auch schon die Feststellung, dass sich in China eine „elitäre Marktwirtschaft“ herausgebildet habe, sei eine irrtümliche Annahme, die von falschen Vorstellungen über das Verhältnis zwischen Marktwirtschaft, Kapitalismus und wirtschaftlicher Entwicklung ausgehe.

Die Deutung der chinesischen Entwicklung als Ausdruck der „Verschiebung des Epizentrums der globalen politischen Ökonomie“ nimmt Arrighi gleichzeitig zum Anlass, Adam Smith Werk „Der Wohlstand der Nationen“ neu zu interpretieren. Smith ist für ihn

kein Theoretiker, geschweige denn Fürsprecher der kapitalistischen Entwicklung. Stattdessen attestiert er Smith, dass „seine Theorie der Märkte als Herrschaftsinstrumente besonders für ein Verständnis nichtkapitalistischer Marktwirtschaften relevant ist, wie China es vor seiner unterordnenden Eingliederung in das globalisierende europäische Staatensystem war und im 21. Jahrhundert durchaus wieder werden könnte, unter völlig anderen innenpolitischen und welthistorischen Bedingungen.“ (22) Des Weiteren wird mit einer als „Neo-Smithscher Marxismus“ (32) titulierten Marx-Interpretation festgestellt, dass – unter Rückgriff auf Versuche in den 1970ern in den USA, „Marx“ durch eine empirische Überprüfung zu verifizieren („Marx in Detroit“) – Marx' Erkenntnisse über die globale Entwicklung des Kapitalismus empirisch nicht haltbar bzw. nicht eingetroffen seien (35). Stattdessen soll es im 19. und 20. Jahrhundert zu einer „gewaltigen Divergenz“ (36) gekommen sein, d.h. des Auseinanderdriftens der Entwicklungen in Ost und West. Unter Rückgriff auf Andre Gunder Frank und Robert Brenner (37/38) behauptet Arrighi, dass die im Kommunistischen Manifest vorhergesehene kapitalistische Entwicklung so nicht eingetreten sei: „Brenner führte zwei Bedingungen als vorrangig [für eine kapitalistische Entwicklung] an. Erstens müssen die Organisatoren der Produktion die Fähigkeit, sich und ihre etablierte Klassenposition außerhalb der Marktwirtschaft zu reproduzieren, verloren haben. Zweitens müssen die direkten Produzenten die Kontrolle über die Produktionsmittel verloren haben.“ „Diese beiden Bedingungen“, so Brenner, „werden nicht automatisch durch die weltweite Ausbrei-

tion von Markttausch im Streben nach Profit geschaffen. Stattdessen werden sie durch die jeweilige Sozialgeschichte der Länder hervorgebracht, die in den Machtbereich des Weltmarkts geraten. Der Hauptgrund dafür, dass die Vorhersage der allgemeinen kapitalistischen Entwicklung des Manifests nicht eintrat, ist also, dass die Geschichte des Klassenkampfes nur in manchen Ländern die beiden notwendigen Bedingungen für die kapitalistische Entwicklung entstehen ließ.“ (38)

Um seine These, dass es sich in China um keine kapitalistische Entwicklung handelt, am konkreten Beispiel zu erläutern, diskutiert Arrighi die wirtschaftliche Öffnungspolitik seit den späten 1970er Jahren. Seine wesentlichen Thesen sind dabei: a) die Anziehungskraft Chinas für das ausländische Kapital bestünde nicht in der riesigen Zahl billiger Arbeitskräfte, sondern in dem Grad ihrer Qualifikation (435), b) ein politisches und ökonomisches Bündnis zwischen der KPCh und den kapitalistischen „Überseechinesen“ sei entstanden, dass den Zugang für anderes ausländisches Kapital erschwert hätte (jenes also in seiner Handlungsfreiheit auf dem chinesischen Markt beschränkt worden sei), c) das ausländische Investitionskapital habe nicht den chinesischen Wirtschaftsaufschwung hervorgerufen, sondern sei nur nachgezogen, d) anders als bei der ökonomischen Doktrin des westlichen Neoliberalismus habe China eine allmähliche und begrenzte Deregulierung und Privatisierung seiner Wirtschaft durchgeführt und der Staat die Kontrolle über den Öffnungsprozess behalten. In diesem Zusammenhang müsse auch berücksichtigt werden, dass die Folgen des

verschärften Wettbewerbs, die Zerrüttung der Arbeitsplatz- und der sozialen Sicherheit der Wanderarbeiter, nicht zu vergleichen seien mit den Folgen neoliberaler Politik (446), da die chinesische Regierung dem Wirtschaftsaufschwung nicht das Wohl der Arbeiter opfere, sondern Sozialleistungen auch in den kapitalistischen Sektoren einführe, e) die Entwicklung in China habe auch deshalb keinen kapitalistischen Charakter, weil eine „Akkumulation ohne Enteignung“ (447f.) stattfinde, da das gesamte chinesische Land Staatsland sei und sich in großen Teilen unter lokalem Nutzungsrecht befinde, und f) schließlich bestünde in China weiterhin die revolutionäre sozialistische Tradition, die es der politischen Führung verunmögliche, Reformen ohne Dialog mit der Bevölkerung durchzusetzen. Diese Tradition habe ihre Wurzeln in einer Mischung aus leninistischem Avantgarde-Prinzip und maoistischer Orientierung an der Bauernschaft, der größten Bevölkerungsgruppe in China. In diesem Kontext wertet Arrighi die Kulturrevolution sowohl als Katharsis der Tradition (456) wie auch als Initialzündung für den neuen wirtschaftspolitischen Kurs, die Deng Xiaopings Reformen ermöglicht hätte. Diese Tradition, die einen Großteil der Legitimität der Parteiherrschaft ausmache, sei allerdings mit der zunehmenden Ungleichheit in Widerspruch geraten, was eine ansteigende Anzahl sozialer Kämpfe (465f.) zur Folge habe. Dennoch sei es gerade diese Tradition, so hofft Arrighi, die die Parteiführung dazu bringen werde, die weitere Entwicklung in eine egalitäre Richtung zu lenken.

Arrighis Einschätzung stehen, gemessen an Ansprüchen historisch-materialistischer Analyse, auf schwacher Grundlage. Die Relevanz (oder Irrelevanz) der Kritik der politischen Ökonomie („das Kapital“) wird auf ihre unmittelbare Fähigkeit zur Handlungsanleitung reduziert (32/33), die Analyse des kapitalistischen Produktionsprozesses auf „den Arbeitsprozess als umkämpftes Terrain der Vorrechte von Managern und des Widerstands gegen die Ausbeutung von Arbeitern“ (34). Die Nähe zu Positionen des italienischen Operaismus und dessen Ökonomismus ist unübersehbar. „Das Problem war, das das Kapital tatsächlich entscheidende Einsichten in den Klassenkonflikt lieferte; doch Marx Annahmen zur Entwicklung des Kapitalismus auf globaler Ebene hielten einer empirischen Überprüfung nicht stand.“ (35) Dieser Behauptung wird ein Zitat aus dem Kommunistischen Manifest: „Die Bourgeoisie ... zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen...“ und eine vorangestellte Mixtur einzelner nicht ausgewiesener Zitatesätze mit eigenen Behauptungen (Beispiel: „Daraus resultiert dass ‚an die Stelle der alten und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit [...] ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander [tritt]‘ – eine universelle Abhängigkeit, die *allgemeine kapitalistische Entwicklung* [kursiv: F.F.] mit sich bringt“) gegenübergestellt (35). Dass es gleich im nächsten Abschnitt des Kommunistischen Manifests heißt: „Wie sie das Land von der Stadt, hat sie die barbarischen Ländern von den zivili-

sierten, die Bauernvölker von den Bourgeoisievölkern, den Orient vom Okzident abhängig gemacht“, übergeht Arrighi.

Mit der abschließenden Feststellung, „sicher ist, dass die zunehmende wechselseitige Abhängigkeit der westlichen und nicht-westlichen Welt im Laufe der letzten Jahrhunderte nicht mit der im Kommunistischen Manifest angenommenen Annäherung einherging ...“ (36), wird das Kapitel Marx nach vier Seiten (von 518) geschlossen. An dessen Stelle tritt ein „Dritter Weg“ namens „Neo-Smithscher Marxismus“, dessen praktischer Beleg dann China, das historische und aktuelle Musterbeispiel des Smithschen „Wohlstand der Nationen“, ist.

Arrighi will mit der von ihm als Mythos (438) bezeichneten These innerhalb der Linken aufräumen, es handle sich beim ökonomischen Wandel in China um eine Variante des neoliberalen Kapitalismus. Das dem nicht so sei, macht er vor allem daran fest, dass der Neoliberalismus staatliche Einmischungen ablehne und dem Staat insgesamt eine untergeordnete Rolle zuweise – während der Staat in der Entwicklung Chinas eine entscheidende Rolle einnehme. Aber auch daran, dass die Liberalisierungsmaßnahmen in China nicht so brutal verlaufen würden wie in anderen Ländern (441). Dies wiederum sei Indiz dafür, dass die chinesische Entwicklung eine zwischen Kapitalismus und Sozialismus (444f.) sei, die eine „enge Übereinstimmung mit Smith Konzeption marktorientierter Entwicklung“ (455) aufweise. Der Autor vergisst dabei jedoch, dass der Staat auch in der neoliberalen Theorie und Praxis eine entscheidende Rolle spielt.

Der Politologe Thomas Sablowski schrieb unlängst über die Situation in China: „Diese Angriffe [gemeint sind die Angriffe auf Arbeiter durch von Unternehmern bezahlte private Schläger – F.F.] sind keine isolierten Ereignisse. Es scheint, dass sich die Widersprüche in den chinesischen Arbeitsbeziehungen zuspitzen. Unternehmen verstoßen häufig gegen das Arbeitsrecht, indem sie den Arbeitern überlange Arbeitszeiten aufzwingen, die Bezahlung von Überstunden verweigern oder den Lohn nicht auszahlen...“. Und zu Rolle der KPCh bemerkt er: „Die Interessen der KPCh und der Agenten der Staatsapparate sind auf vielfältige Weise mit den Interessen des nationalen und internationalen Kapitals verbunden. Zum einen sind die chinesischen Kapitalisten durch den Privatisierungsprozess im Wesentlichen aus der KPCh, den Staatsapparaten und den Leitungen der ehemals staatlichen Unternehmen hervorgegangen... Zum anderen sind die Kommunen und Provinzen von der Ansiedlung von Unternehmen auf ihrem Territorium abhängig. Sozial oder ökologisch orientierte Vorgaben der nationalen Regierungen sind daher nicht in ihrem Interesse, wenn sie im Widerspruch zum Wirtschaftswachstum stehen.“ (in: links-netz.de: Gewalt sichert Hyperausbeutung, Dezember 2007).

Der chinesische Historiker Wang Hui, ein Vertreter der intellektuellen Strömung der „Neuen Linken“ in China, den Arrighi heranzieht, um die These von der Wirkung und Fortexistenz der „sozialistischen Tradition“ nach der Kulturrevolution (455), aber auch die zunehmende soziale Ungleichheit durch Chinas Wechsel zur Marktwirtschaft zu belegen (465), stellt an gleicher Stelle (Wang Hui 2003) fest, dass sich der

Neoliberalismus zu dominanten Ideologie chinesischer Intellektueller entwickelt hat.

Arrighi hat somit ein verengtes Verständnis des Begriffs „Neoliberalismus“, da er darunter ausschließlich eine bestimmte ökonomische Schule in den USA bzw. die wirtschaftspolitische Praxis eines hegemonialen Staates versteht. Begreift man „Neoliberalismus“ jedoch als Bezeichnung für eine bestimmte, allgemeine Entwicklungsweise des Kapitalismus – die ihren je spezifischen Ausdruck hat – könnte man zumindest die Frage stellen, ob sich der moderne autoritäre chinesische Staat nicht als funktionale Variante kapitalistischer Verhältnisse entpuppen wird – mit Beispielpfeilcharakter auch für andere Regionen.

*Florian Flörsheimer*

## Crossover

*Hans-Jürgen Arlt/Wolfgang Kessler/Wolfgang Storz, Alles Merkel? Schwarze Risiken, Bunte Revolutionen, Publik-Forum, Oberursel 2008, 254 S., 15,80 Euro*

Die Autorengruppe präsentiert sich bereits von ihrer Zusammensetzung her wie ein inzwischen selten gewordenes Programm: Ingrid Sehrbrock (CDU), eine stellvertretende DGB-Vorsitzende, Hans-Jürgen Arlt, von 1990 bis 2002 Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit des DGB, Wolfgang Kessler, Chefredakteur der unabhängigen christlichen Zeitschrift „Publik-Forum“, Wolfgang Storz, 2002-2006 Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau“. Diese Zusammenstellung erinnert an eine sehr alte, inzwischen nahezu vergessene

Kombination, wie sie in den Anfängen der Bundesrepublik in den „Frankfurter Heften“ unter der Leitung von Walter Dirks und Eugen Kogon bestand.

Die Anknüpfung wird nirgends explizit gesucht, aber sie ist inhaltlich kaum zu übersehen. Sie legitimiert sich nicht durch einen Rückgriff, sondern durch die Behauptung, dass die sozialen und politischen Konstellationen der 1950er bis 70er Jahre längst überholt sind und die Probleme, die sie hinterließen, durch im Verhältnis zu ihnen neue und unkonventionelle Lösungen überwunden werden müssen.

Die Bundesrepublik, ein Nebeneinander von „Suppenköchen und Gourmetköchen“ (23), lässt sich nach Auffassung der Autoren ganz offensichtlich nicht als Klassengesellschaft beschreiben. Stattdessen wird von „Parallelwelten“ (ebd.) gesprochen. Das Unvermögen, hier Verbindlichkeiten zu schaffen, führe zur Auflösung von Gesellschaftlichkeit und zur Diskreditierung von Politik: „Unsere moderne Gesellschaft hat kein Zentrum mehr, von dem aus sie sich steuern ließe.“ (29) Aus dem Bruch des alten Gesellschaftsvertrags, wie er im goldenen Zeitalter des westdeutschen Kapitalismus bestand, seien oben neue, sich abkapselnde Eliten entstanden, unten ein „Prekariat statt Proletariat“ (56). Der „Mär vom Linksruck“ (62) setzen die Autoren die beängstigste Aussicht auf eine sechste – eine rechte – Partei entgegen.

Links ist die gemeinsame Grundhaltung der Autorin und der Autoren, weil sie letztlich egalitär argumentie-

ren. Aber das alte Klassensubjekt ist durch Individuen ersetzt. Wie werden sie handlungsfähig? Überraschende Antwort: als Konsumentinnen und Konsumenten. „Arbeitnehmer, die unter vielfältigsten Bedingungen und zu unterschiedlichsten Zeiten arbeiten, sind schwerer zu organisieren als zu Zeiten einer einheitlichen Arbeitsgesellschaft.“ (79) Auch die Neoliberalen verstehen Subjekte als „Kunden“. Hier sollen diese allerdings als zugleich politisch entscheidende Akteure ermächtigt werden.

Die meisten Beiträge nennen ihre Autor(innen) nicht. Es kann also angenommen werden, dass der hier referierte gesellschaftspolitische Ansatz von ihnen gemeinsam vertreten wird. Nach dieser Grundlegung werden die dominante Politik der Bundesrepublik und deren Träger(innen) untersucht.

Der einzige Namensbeitrag ist von Ingrid Sehrbrock über die „Frauen-, Familien- und Bildungspolitik der Großen Koalition“ (83ff.): eine Abgabe an das Betreuungsgeld, eine Plädoyer für eine Stärkung der vorschulischen Erziehung und für Weiterbildung, wobei es keine Links-Rechts-Unterscheidung zwischen CDU und SPD gibt, letztere eher schlechter abschneidet.

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Großen Koalition wird als marktradikal scharf kritisiert: Ihr Hauptergebnis sei Forcierung von Ungleichheit. Erstmals wird in diesem Kapitel Umweltverträglichkeit deutlich als Kriterium genannt, es wird sich im Nachhinein als mit zentral herausstellen.

Es folgt eine Analyse der wichtigsten Vertreter der herrschenden Politik. Differenziert ist das Porträt der Kanzlerin: einerseits eine Marktradikale, andererseits eine korrekte Entsprechung einer Nach-Klassengesellschaft, die dennoch eine herrschende Klasse hat, der sie lavierend gerecht zu werden versucht. Damit habe sie auch die Milieu- und Kulturprofile der CDU geschleift und – zum Beispiel in der Familienpolitik – liberalisiert: „Die Kanzlerin verändert ihre Partei, Deutschland kaum“. (139) Im Ergebnis wird das Verschwinden des Konservatismus eher bedauert: Immerhin konnte er mit Marktradikalismus nicht voll kompatibel sein. Ein Bündnis der im Doppelsinn (ökonomisch und kulturell) liberalisierten CDU mit den Grünen wird für möglich gehalten und als das kleinere Übel im Vergleich zur „Bequemlichkeit einer schwarz-roten Fortsetzung“ (165) angesehen.

Der Blick auf diese Kombination ist nachsichtiger als auf die SPD und auch auf die bisherigen politischen und gewerkschaftlichen Optionen links von ihr. Steinmeier ist der „rot-graue Kandidat“, dem ein „Antritt in der Abstiegszone“ attestiert wird (166). Linke Politik in Deutschland habe „viele Gesichter, kommunistische, sozialistische, realsozialistische, sozialdemokratische, feministische, pazifistische, ökologische“ (182). Diese reiche Facettierung bleibe steril, weil sie sie als ein Gegeneinander der „Pächter von Wahrheit und Moral“ (ebd.) angelegt sei.

Das Buch hat einen dritten Teil, in dem zwei Projekte genannt werden, die über die bisherigen Lager hinweg

betrieben werden könnten. Nur formales Vorbild ist „Angela Merkel – Tabus brechen“ (202). Das Tabu der Linken sei „der ausgeträumte Traum“ von der Vollbeschäftigung in Erwerbsarbeit. Er müsse durch ein neues „Wohlstandsmodell“ (224) ersetzt werden. Die beiden wichtigsten Elemente seien ein bedingungsloses Grundeinkommen durch eine negative Einkommensteuer und ein Ökobonus: die Verteuerung von Produkten und Dienstleistungen durch Lenkungsabgaben werde dadurch kompensiert, dass der Ertrag an jeden Bürger und jede Bürgerin ausgezahlt werde.

Der Erfinder der negativen Einkommensteuer ist Milton Friedman. Dass sie hier herangezogen wird, ist für die Verfasser kein faux pas, sondern zeigt die Breite des von ihnen beabsichtigten crossover. Das Experiment der Regionalwährungen, z.B. des „Chiemgauer“ (222) dürfte allerdings inzwischen schon gescheitert sein.

Die Attacke auf die „Wachstums-ideologie“ (226) meint Bedenkenswertes, adressiert aber wohl nicht genau genug: Gemeint ist offenbar nicht jedes Wachstum, sondern nur der Verschleiß von Ressourcen, der den bisherigen Wachstumstypus charakterisierte.

Das Buch besticht durch die Unbefangenheit, mit dem seine Vorschläge aus den Kontexten herkömmlicher politischer Lager gelöst und neu kombiniert werden. Es irritiert durch Absehen von den klassischen Subjekten linker, auch gewerkschaftlicher Politik, das letztlich aber eher nur deren Relativierung im Interesse der Erweiterung um Komponenten

klassischer linksbürgerlicher und sozialetischer Politik ist.

*Georg Fülberth*

## **Rechtspopulismus und Arbeitswelt**

*Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.), Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Budrich, Opladen und Farmington Hill 2008, 306 S., 24,90 Euro.*

Nachdem schon in den 1990er Jahren über den Zusammenhang von Neoliberalismus und rechten Orientierungen diskutiert wurde, gibt es seit einigen Jahren Versuche, mit Hilfe empirischer Methoden die Verbindungslinien zwischen Restrukturierungsprozessen in der Arbeitswelt und politischen Orientierungen genauer zu bestimmen. Als konkreter Anlass für Forschungsprojekte mit einem solchen thematischen Schwerpunkt kann die Ausbreitung (extrem) rechter Orientierungen in den letzten Jahren und Jahrzehnten angesehen werden, die sich in auffälliger zeitlicher Parallelität zu einschneidenden Umbrüchen in der Arbeitswelt vollzogen haben. Vor diesem Hintergrund drängte sich die Frage auf, ob und inwieweit dieser Zusammenhang auch im Sinne eines nachweisbaren, wechselseitigen Bedingungsverhältnisses theoretisch analysiert und empirisch interpretiert werden könne.

Das Buch „Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut“ geht dieser Fragestellung nach, indem sich die meisten Beiträge auf die empirischen

Erhebungen des EU-Forschungsprojektes „Socio-Economic Change, Individual Reaction and Appeal of the extreme Right“ (SIREN) beziehen und Interviews mit lohnabhängig Beschäftigten zum Thema Umbrüche in der Arbeitswelt auswerten. Das Buch ist in drei Kapitel unterteilt und fokussiert unterschiedliche Problemaspekte.

Im ersten Kapitel werden der derzeitige Diskussionsstand, begriffliche Unterscheidungen und theoretische Debatten zum Thema Rechtspopulismus thematisiert. Die beiden Autoren Christoph Butterwegge und Jörg Flecker greifen in ihren jeweiligen Beiträgen vor allem gegenwärtige theoretisch, wissenschaftliche Forschungsfragen und damit einhergehende Diskussionen im Kontext möglicher Zusammenhänge zwischen neoliberalen Restrukturierungsprozessen in der Arbeitswelt und (extrem) rechten Ideologien auf. Neben bekannten Thesen Butterwegges (Wohlstandschauvinismus, Standortnationalismus etc.) und zum Teil sehr ausführlichen Begriffsbestimmungen werden in diesem Kapitel einige interessante Hinweise darauf gegeben, weshalb in den 1990er Jahren die (extreme) Rechte in Europa zum Teil beachtliche Erfolge verbuchen konnte. Der Autor sieht vor allem ideologische Überschneidungen zwischen neoliberaler Politik und (extrem) rechten Weltanschauungen im Sozialdarwinismus angelegt. Butterwegge verweist hier auch auf politische Versäumnisse und Fehler der Gewerkschaften. Als besonders schwerwiegend sieht er die unkritische Übernahme der Standort-



politik, aber er hebt auch das problematische gewerkschaftliche Verhältnis zu Migration hervor. Hier seien durchaus ideologische Überschneidungen zu (extrem) rechten Argumentationsmustern vorhanden (60ff.).

Auch Flecker problematisiert das aufgegebene Terrain der sozialen Frage bei Gewerkschaften und Sozialdemokratie, wodurch es der (extremen) Rechten gelungen sei, dieses Feld partiell zu besetzen (90ff.). Er rekurriert auf soziale Verwerfungen (Erosion der Mittelschichten, Arbeitslosigkeit, neue Formen der Armut in den Industrieländern etc.) durch den globalisierten Kapitalismus, wodurch Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus größere Erklärungskraft für gesellschaftliche Probleme erlangt hätten.

Im zweiten Kapitel wird die Situation in unterschiedlichen Ländern (Deutschland, Schweiz und Österreich) vorgestellt. Besonders aufschlussreich sind die Aufsätze in diesem Teil des Buches, weil Jörg Flecker, Gudrun Hentges und Gabrielle Balazs die Verbindung von theoretischer Reflexion und empirischem Material vornehmen. Sie diskutieren ausführlich das Verhältnis zwischen objektiven und subjektiven Elementen (110ff.). Anhand des empirischen Materials greifen sie einige interessante Fälle der SIREN-Studie heraus und zeigen dadurch plastisch die möglichen Übergänge zwischen neo-liberaler Restrukturierung und (extrem) rechten Ideologien auf. Besonders wichtig sind hier die verschiedenen subjektiven Formen, die für (extrem) rechte Einstellungsmuster empfänglich sind. Denn es gebe eine

„breite Vielfalt dessen [...], wie bestimmte Erfahrungen die Menschen [...] veranlassen, sich mit ihrer Interpretation der Realität auf Elemente rechtsextremer Ideologie zu berufen oder Politiker und bzw. politische Botschaften der extremen Rechten überzeugend zu finden“ (123). Ausschlaggebend für eine präventive Politik müsse daher sein, die Ängste und Nöte der Menschen aufzugreifen und politisch eine solidarische Perspektive aufzuzeigen. Wachsende Ungleichheit und Unsicherheit müssten durch die politische Linke offensiv aufgegriffen und die Scheinlösung der extremen Rechten gleichzeitig offengelegt werden.

Hentges u.a. weisen mit Nachdruck darauf hin, dass es keine zwangsläufige Verbindung zwischen sozioökonomischen Umbrüchen und rechten Verarbeitungsweisen gibt (123ff.). Allerdings sehen sie sozialstrukturelle Besonderheiten, wodurch bestimmte soziale Gruppen (absturzgefährdete Mittelschichten) anfällig für (extrem) rechte Weltanschauungen seien. In diesem Kontext setzt sich der Text nicht ausführlich genug mit den Besonderheiten und Restrukturierungsprozesse der fordistischen Nachkriegsgesellschaft und den damit einhergegangenen veränderten Bedingungen für Facharbeiter und Facharbeiterinnen auseinander. Denn sowohl europäische als auch deutsche Studien weisen verstärkt auf die hohe Attraktivität von Rassismus und Nationalismus für diese Arbeiterschicht hin, was durchaus Erklärungsbedürftig ist.

Ohne eine tiefere Analyse der fordistischen Umbruchphase vorzunehmen, greifen im 3. Kapitel (Ar-

beitswelt, Armut und soziale Exklusion) Michael Fichter, Richard Stöss und Bodo Zeuner mit ihrer Studie „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“ sozial-strukturelle Besonderheiten der gewerkschaftlichen Klientel auf. Gerade gewerkschaftlich organisierte Facharbeiterinnen und Facharbeiter zögen extrem rechte Weltanschauungen verstärkt heran, um gesellschaftliche Krisen zu erklären (263ff.). In diesem Teil des Buches kommt ebenfalls Klaus Dörre zu Wort, für den die Durchdringung aller Lebensbereiche durch den Markt eine zentrale Triebkraft, aber keine ausschließliche Erklärung, für die Verbindung von Umbrüchen in der Arbeitswelt und (extrem) rechter Argumentationsmuster darstellt. Denn je weniger die „Disziplinierung durch den Markt dem Einzelnen auflösbar erscheint, desto eher tendiert dieser dazu, Statuskonkurrenzen mittels fremdenfeindlicher oder neorassistischer Klassifikationen auszutragen“ (vgl. 250). Mit Hilfe von „Techniken einer ressentimentgeladenen Selbstformung“ könnten imaginäre „Formen der Reintegration in die Gesellschaft [...], die auf Kosten von Anderen, Schwächeren“ und vor allem von Outsidern, etabliert werden (251). Spannend an dem Beitrag von Dörre ist die unterschiedliche theoretische Stoßrichtung subjektiver Verarbeitungen (im Vergleich zu Butterwegge) aber auch bezüglich der Bedeutung des Ursachenfeldes Arbeitswelt (im Gegensatz zu Fichter, Stöss und Zeuner), um die Attraktivität (extrem) rechter Ideologien zu analysieren. Allerdings bleiben in diesem Band die unterschiedlichen theoretischen Prämissen und umstrit-

tenen Thesen der einzelnen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen leider weitgehend außen vor. Dies ist schade, weil das Ursachenfeld Arbeitswelt für (extrem) rechte Ideologien einer Weiterentwicklung bedarf, was aber nur geschehen kann, wenn der bisherige Forschungsstand reflektiert, ausgewertet und die unterschiedlichen theoretischen Prämissen offen diskutiert werden.

Marcus Meier

### Ludwig Feuerbach als Projektionsfläche

*Jens Grandt, Ludwig Feuerbach und die Welt des Glaubens, Westfälisches Dampfboot, Münster 2006, 362 S., 29,90 Euro*

Die Gliederung des Buches folgt der schon im Titel getroffenen Einteilung: zunächst wird Ludwig Feuerbach dargestellt, dann eine auch nach seinem Wirken weiter bestehende „Welt des Glaubens“.

Der Philosoph wird in erster Linie werkbiografisch behandelt. Besonderes Gewicht legt der Verfasser auf das Verhältnis Feuerbachs zu Marx und Engels und versucht jenem Gerechtigkeit gegenüber diesen widerfahren zu lassen: „Ist es nicht ratsam, sich auf etwas zu besinnen, was auf der Wegstrecke Hegel-Feuerbach-Marx und in den brutalen Kämpfen des 20. Jahrhunderts verloren gegangen ist?“ (134) Die biografischen Kapitel werden mit Ausführungen zu Feuerbachs Stellung in der deutschen Revolution 1848/1849 abgeschlossen.

Im zweiten Teil seines Buches geht

Jens Grandt davon aus, dass die „Welt des Glaubens“ nach der im 19. Jahrhundert vorgenommenen religionskritischen Destruktion nicht untergegangen sei. Sie lebe in säkularisierter Form fort. Hierzu rechnet der Verfasser den Nationalismus, den Faschismus, „die religiösen Exempel des orthodoxen Marxismus-Leninismus“ sowie den „Heiligschein des Neoliberalismus“. Insofern sei Feuerbachs Religionskritik auch heute noch fruchtbar zu machen.

Dies ist eine interessante Überlegung, die der Verfasser aber nicht in erster Linie ideologietheoretisch nutzt, sondern zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit den säkularisierten-„religiösen“ Politiken. Dabei kommt ihm Feuerbach weitgehend aus dem Blick, wenngleich er immer wieder angerufen wird. Die politische Kritik wird zunehmend bekenntnishaft, wobei die eine oder andere offenbar schnell niedergeschriebene Formulierungen recht subjektiv ist: Hitler heißt einmal „der ehrgeizige Krösus aus Braunau“. (206) Im Kapitel über den Neoliberalismus nehmen tagespolitische Meinungsäußerungen breiten Raum ein. Erst mit dem Schlussteil („Ich und Du. Ansätze einer neuen Ethik“) kehrt Grandt wieder näher zu Feuerbach zurück, exemplifiziert dessen Aktualität allerdings mit Bemerkungen zu unduldsamen Umgangsweisen in linken Gruppen.

*Georg Fülberth*

## **Umwelt, Macht und Medizin**

*Anita Fabig/Kathrin Otte (Hrsg.): Umwelt, Macht und Medizin. Zur Würdigung des Lebenswerks von Karl-Rainer Fabig. Redaktion: Margarete Tjaden-Steinhauer/Karl Hermann Tjaden, Kassel 2007, Verlag Winfried Jenior, 325 S., 18 Euro*

Der vorliegende Sammelband würdigt das Lebenswerk von Karl-Rainer (Kalle) Fabig, der 2005 im Alter von 61 Jahren verstarb. Fabig war Umweltmediziner und arbeitete von 1977 bis zu seinem Tode in Hamburg als niedergelassener Arzt. Und das auf sehr ungewöhnliche Weise: Denn sein geradezu leidenschaftliches Engagement als Mediziner galt den Schwachen und Benachteiligten, denen, die unter menschenunwürdigen, krank machenden Bedingungen gelebt und gearbeitet hatten und dabei krank geworden waren, die man ausgemustert und abgeschrieben hatte, die Opfer von Gewalt, von Macht- und Profitgier geworden waren. Und das hier im Lande und anderswo. Fabig, ein 68er, war in der Vietnam-Solidarität aktiv und stieß bei Besuchen in Vietnam auf das Problem, dass die dort von den USA in ihrem Krieg massenhaft versprühten dioxinhaltigen, entlaubenden Herbizide auf den menschlichen Organismus ähnliche Wirkungen hatten wie die in bundesdeutschen Industriebetrieben der Chlorchemie bestehenden Belastungen. Sein besonderes Engagement galt deshalb Jahre lang den dioxingeschädigten Chemiearbeitern z.B. des Hamburger Zweigwerkes der Firma C. H. Boehringer Sohn, das 1984 geschlossen wurde, nachdem dort zahlreiche Beschäftigte bei der Herstellung von Pestiziden durch das hochgiftige Dioxin krank geworden worden waren.

Der Band enthält insgesamt 30 Beiträge und besteht aus zwei Teilen: Zunächst haben die Herausgeberinnen fünf (ansonsten schwer zugängliche) Artikel von Kalle Fabig selbst zusammengestellt, die am Beispiel von Umweltgiften den Zusammenhang von Macht, Umwelt und Medizin beleuchten. Angefügt sind weiter ein Verzeichnis der wichtigsten Schriften des Autors sowie biografische Notizen zu Fabigs Leben und Werk von Günter Giesenfeld. Im zweiten Teil reflektieren zahlreiche weitere Beiträge unterschiedlicher Autorinnen und Autoren die verschiedenen Arbeitsschwerpunkte Fabigs, sowohl unter medizinischen als auch unter juristischen und politischen Gesichtspunkten. Aus Platzgründen seit hier nur auf einige wenige verwiesen.

Aufschlussreich und bewegend ist das nach Fabigs Tod aufgezeichnete Protokoll eines Gesprächs mit ehemaligen Hamburger Boehringer-Arbeitern (die Fragen stellten Kathrin Otte, Margarete Tjaden-Steinhauer und Karl Hermann Tjaden). Die Gesprächspartner berichten hier von ihrer Krankheitsgeschichte, erzählen, mit welcher Leichtfertigkeit und Ignoranz sie von der Unternehmensleitung den geradezu lebensgefährlichen chemischen Belastungen ausgesetzt wurden, über die sie niemand informiert hatte, beschreiben ihre Leidensgeschichte und auf welch aufopfernde Weise Fabig sie als sachkundiger Arzt, Gutachter und juristischer Berater unterstützt hatte (170ff.). Auch heute noch ist es erbitternd zu lesen, wie sie von der zuständigen Berufsgenossenschaft im Stich gelassen wurden, wie von der Berufsgenossenschaft immer neu aufgebotene Gutachter sie als Spinner und psychisch Kranke abzustempeln versuchten, wie Wissenschaft sich

gegen Bezahlung willig in den Dienst von Profitinteressen nehmen ließ. Der in der Fachwelt hoch anerkannte – heute hochbetagte – Arbeitsmediziner Professor Alfred Manz charakterisiert in einem Interview Fabig so: „Ich hatte festgestellt, dass sich dieser Arzt in einer geradezu aufopfernden Weise speziell um die durch Dioxine, aber auch durch andere Industriegifte geschädigten Menschen kümmerte. Er leistet diesen Beistand meist unentgeltlich und über die von einem praktischen Arzt zu erwartenden Hilfen hinaus. ... Viele der ehemaligen Boehringer-Mitarbeiter fanden hier ihre seelische Hilfe und gewannen durch seinen Beistand wider Selbstvertrauen und Mut zum Leben.“ (196f.)

Erich Schöndorf, in den neunziger Jahren Feder führender Staatsanwalt im Frankfurter Holzschutzmittelprozess (heute aber aus dem juristischen Staatsdienst ausgeschieden), der Fabig seinerzeit als Gutachter herangezogen hatte, legt eindrucksvoll die Interessenverflechtungen von Unternehmen und Wissenschaft und ihre massive Einflussnahme auf die Justiz offen und beschreibt, wie und warum es in diesem Fall nicht gelang, die aus „Gewinn-sucht“ handelnden Hersteller in die rechtliche Verantwortung zu nehmen, obwohl alle Voraussetzungen dafür gegeben waren: ein negativer Präzedenzfall, denn Dioxin ist nur ein Beispiel in einer langen Reihe weiterer Produkte und Technologien, die auch heute noch ähnliche Risiken für Mensch und Umwelt aufweisen.

Weitere Beiträge reflektieren theoretisch das Verhältnis von Mensch, Natur und Gesellschaft und beziehen sich auf Fabigs Ansatz, dass wissenschaftliche und politisch-praktische Kritik eine

Einheit bilden müssten. Hier ist besonders der Beitrag von Margarete Tjaden-Steinhauer und Karl Hermann Tjaden zu nennen (316ff). Beide konstatieren eine durch die kapitalistische Entwicklung auf die Spitze getriebene „industrielle Aggressivität“ auch, aber nicht nur durch die Chemieindustrie (322, 323), die, wie es Fabig ausgedrückt hatte, die in der Evolution entstandene Mannigfaltigkeit der Spezies Mensch missachtet. Um diese Aggressivität abzubauen, bedarf es, so Tjaden-Steinhauer und Tjaden, eines Rückbaus solcher Fehlentwicklungen. Wirtschaft und Technik müssten wirkliche „Wege der Nachhaltigkeit“ einschlagen. Insgesamt ist bei der Lektüre des Buches Alfred Manz zuzustimmen, der in seinem Beitrag schreibt (197): „Ich bedauere, dass ihm (Kalle Fabig) zu Lebzeiten von offizieller Seite nicht jene Anerkennung zuteil wurde, die er verdient hätte. ... Ich begrüße es deswegen ganz besonders, dass Herrn Kollegen Fabig mit diesem Buch nachträglich ein ehrendes Denkmal gesetzt wird.“

*Jürgen Reusch*

## **Marx im Westen**

*Ingo Elbe, Marx im Westen. Die neue Marx-Lektüre in der Bundesrepublik seit 1965, Akademie-Verlag, Berlin 2008, 644 S., 49,90 Euro*

Ingo Elbe hat mit „Marx im Westen“ einen Text vorgelegt, der allein wegen seines Umfangs von deutlich über 600 Seiten das Zeug zum Standard- und Nachschlagewerk zu den Debatten marxistischer Theoretiker im Westdeutschland der 1960er und 70er hat. Er versteht sein Buch selbst als Beitrag zu einer Aufarbeitung der Marx-Rezeption seit 1965 in West-

deutschland, die Elbe als „neue Marx-Lektüre“ definiert. Dieser sei es im Wesentlichen um dreierlei gegangen: um ein „adäquates Gegenstands- und Methodenverständnis der Marxschen Ökonomiekritik“ (9), und um deren staats- als auch revolutionstheoretische Implikationen. Mit dem Begriff der „neuen Marx-Lektüre“ nimmt Elbe eine Abgrenzung zum so genannten Traditionsmarxismus vor, worunter im Wesentlichen die verschiedenen Spielarten des Marxismus-Leninismus zu zählen wären. Drei zentrale Topoi dieser Abgrenzung führt Elbe an: erstens der wertheoretische Substanzialismus, der letztlich doch wieder zu jenem „Stundenzettelsozialismus“ geführt habe, gegen den Marx selbst polemisierte. Zweitens die manipulationstheoretischen und instrumentalistischen Staatsauffassungen, wie sie schon bei Lenin hervorgetreten seien. Und drittens arbeitertbewegungszentrierte bzw. „arbeitsontologische“ revolutionstheoretische Deutungen von Marx. Der „kognitive Primat des Logischen“ (53), die Kritik der historizistischen Methodenorthodoxie als methodisches Grundprinzip der „neuen Marx-Lektüre“, gehe wesentlich auf die struktural-marxistische Schule Althussers zurück. Diese selbst zählt Elbe allerdings nicht zur „neuen Marx-Lektüre“.

Elbes Darstellung zeichnet als wesentliche Etappe den Bruch mit der orthodoxen Ineinsetzung von Marx und Engels. Engels sei eben genau jener Bezugspunkt eines wertheoretischen Substanzialismus und einer historizistischen Deutung des Anfangs des „Kapital“, an den der Partei-ML dann anknüpfen konnte. Ge-

rade im ersten Teil von „Marx im Westen“, zur werththeoretischen Debatte, bildet die Abgrenzung zu Engels geradezu einen Gradmesser dafür, wie weit sich Autoren dem theoretischen Wendepunkt dieser Debatte angenähert haben, an dem Marx' Kritik der Politischen Ökonomie als „monetäre Werttheorie“ erkannt werde. Im Anschluss werden die Rekonstruktionen der formgenetischen Methode im Anfang des „Kapital“ anhand der Begriffe abstrakter Arbeit, Wertform und Austauschprozess, Übergang Geld zu Kapital erörtert und präzisiert.

Dem sind Überlegungen zur Marx'schen Methode und einer Rekonstruktion der „Dialektik“ und der Debatte, die darum stattgefunden hat, vorausgestellt. Dieser Teil des Werks setzt bei den Leser/innen weitreichende Vorkenntnisse sowohl in analytischer Logik als auch über den Anfang des „Kapital“ voraus. Das erschwert wesentlich die Auseinandersetzung mit dem, was Elbe als zentrale „objekttheoretische Konsequenzen“ der Methodendiskussion bezeichnet, also eigentlich das Kernstück der „neuen Marx-Lektüre“: Marx' „Kritik der politischen Ökonomie“ als reiner Formtheorie des Ökonomischen, quasi „entschlackt“ von allem empirischen und konkret-historischen Beiwerk. Darin wird sowieso durchgehend der unangemessene Versuch der „Popularisierung“ gesehen. Allerdings überzeugt nicht recht, dass Marx einer Popularisierung seiner Gedanken ganz abgeneigt sein soll.

Immer wieder eingestreut finden sich auch neuere Kritiken an der marxistischen Theoriedebatte, die nicht un-

mittelbar aus der „neuen Marx-Lektüre“ erwachsen sind. So streut Elbe sowohl im Werttheorie- als auch im Staatsableitungsteil Auseinandersetzungen mit im Kern sprachanalytischen Kritiken u.a. an Marx' Herleitung von Wert und Werts substanz (265ff.) ein, die eher deplaziert wirken und sicherlich zu den (für sich spannenden) Sequenzen des Textes gehören, die einer besseren Lesbarkeit wegen auch genauso gut hätten fallengelassen werden können. Anderes ist durchaus interessant zu lesen; so die Darstellung der Debatte um die Arbeitswerttheorie, die sich vor dem Hintergrund des neoliberal-libertären Geraunes vom „Ende der Arbeit“ auch noch mal anders rechtfertigen muss als am Ende der Vollbeschäftigungsära (237ff.). An anderer Stelle (Exkurs zum Übergang von Wert zu Kapital) wird die Debatte um Sinn oder Unsinn einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ lediglich angedeutet. Dies wären sicherlich Punkte, an denen eine „neue Marxlektüre“ mehr sein könnte als akademisches Hobby, sondern – ganz in Marx'scher Tradition – Beiträge zur Kritik der heutigen alternativen politischen Ökonomie der Linken leisten könnte. Doch leider weigert sich der Autor nicht nur an dieser Stelle, jeder möglichen konstruktiven Debatte um politische Praxis und Möglichkeiten emanzipatorischer Intervention.

Nach der Aufbereitung der zentralen Debatte der „neuen Marx-Lektüre“ um die Werttheorie folgen die nächsten beiden wesentlichen Debattenstränge: Die berühmt-berüchtigte „Staatsableitungsdebatte“ der Westlinken in den 1970er Jahren und die

Krise der Revolutionstheorie.

Zentral für die Staatsableitungsdebatte seien drei Fragestellungen: 1. Warum ist neben oder über der Ökonomie eine Zwangsgewalt notwendig, wo doch in der Ökonomie selbst der „stumme Zwang“ herrscht, und warum hat diese Zwangsgewalt einen rechtsstaatlichen Charakter? (Elbe weist im hinteren Teil zu Recht darauf hin, dass dies keineswegs der Normalzustand ist) 2. Was ist der systematische Zusammenhang von Kapital, Klassenverhältnissen und Ökonomie? Was sind die Grenzen dieser Zwangsgewalt bei der Intervention in die ökonomischen Verhältnisse? 3. Warum erscheint diese Zwangsgewalt den Bürgerinnen und Bürgern legitim und neutral?

Im dritten Teil um die „revolutions-theoretischen Implikationen“ der „neuen Marxlektüre“ gelingt es Elbe deutlicher als im Teil zur Werttheorie noch einmal, auf eines ihrer größten Verdienste hinzuweisen: nicht nur der Unterscheidung zwischen Marx und Marxismus, zwischen Marx und Engels, sondern auch der zwischen Marx und Marx in den unterschiedlichen Stadien seiner Entwicklung. Die „Krise der Revolutionstheorie“, die Elbe hier seitens der „neuen Marxlektüre“ ausmacht, geht genau auf jene „Herausarbeitung des formanalytischen Gehalts des Marxschen Werks gegen dessen geschichtsphilosophische Aspekte“ (515) zurück. Noch stärker als in der Staatsableitungsdebatte wird hier der Bruch mit dem „Traditionsmarxismus“ deutlich: wenn in der „neuen Marx-Lektüre“ der Klassenbegriff nur noch als „formanalytisches Konzept ohne originäre systemtranszen-

dierende Elemente gedeutet“ wird (597), dann stellt sich die Frage nach dem Träger gesellschaftlicher Umwälzung noch einmal neu – und bleibt in der Logik des Textes unbeantwortet.

*Dirk Burczyk*